

# Die finanzielle Lage Wiens.

## Bankrott oder Rettung?

Der Stadtrat begann Montag die Budgetberatung. Mit rücksichtsloser Offenheit legte der Finanzreferent Genosse Brei t n e r die Lage der Stadt dar. Die Sozialdemokraten vertuschen nichts und wollen die Bevölkerung nicht über die furchtbare Gefahr hinwegtäuschen, in die die Stadt Wien durch den Krieg geraten ist. Der vom Magistrat vorgelegte Voranschlag ist ehrlich und frei von jenem Aufpuß, wie er sonst üblich war. Bauten und Projekte für mindestens hundert Millionen Kronen, die vom Gemeinderat schon beschlossene sind, wurden in den Voranschlag gar nicht aufgenommen, da heute schon gar keine Aussicht besteht, sie bei dem Mangel an Material und Geld im nächsten Jahre auszuführen zu können. Nur das Notwendigste und Unerläßlichste wurde aufgenommen und auch bei dem schließt das Budget mit einem Abgang von 403 Millionen Kronen ab, wozu noch bei den städtischen Betrieben ein weiteres Defizit von 36 Millionen Kronen kommt. Wird für dieses Defizit nicht eine Bedeckung gefunden, so wird die Gemeinde einfach bankrott. Das heißt aber, daß nicht nur 40.000 Gemeindebedienstete ihre Bezüge nicht erhalten können, sondern weitere Zehntausende Arbeiter arbeitslos werden, weil die Stadt die notwendigen Bauten und Bestellungen, für die mehr als 200 Millionen Kronen notwendig sind, nicht machen kann. Bleiben die Friedensbedingungen aufrecht, wie sie bisher gestellt wurden, dann ist der Bankrott des Staates unvermeidlich, in den auch die Stadt Wien mitgerissen wird. Es ist nun die Sorge nicht nur der Gemeindevorteiler, sondern die Sorge aller Bürger, darüber nachzusinnen, wie aus diesem Unheil Rettung gefunden werden kann. Welche Bemühungen die sozialdemokratische Majorität und ihr Finanzreferent aufwenden, um die Stadt vom Bankrott zu retten, können die Leser aus Brei t n e r s offener Rede ersehen.

Brei t n e r führte im Stadtrat aus:

### Das ehrliche Budget des Kriegsabschlusses.

Man kann in der Geschichte Wiens zurückblättern, soweit man will, man wird nicht eine Lage finden, die irgendwie mit der gegenwärtigen verglichen werden kann. Es liegt aber auch kein Ereignis hinter uns, das mit der Furchtbarkeit des fünfjährigen Weltkrieges verglichen werden kann und unter welchem die Stadt so unendlich gelitten hat und noch immer leidet. Der Voranschlag spiegelt die trostlose Lage in seinen Zahlen wieder. Das Gesamtergebnis, das im vorigen Jahre 365 Millionen betrug, ist auf 820 Millionen vorgezeichnet, denen nur Mehreinnahmen von 47 Millionen Kronen gegenüberstehen, so daß sich ein unbedeckter Abgang von 403 Millionen Kronen ergibt. Dabei muß bemerkt werden, daß das Budget, insofern die gegenwärtigen Löhne und Materialpreise keine Verringerung erfahren, als tatsächlich real und nicht künstlich gemacht anzusehen ist. So wurden 38 Bauten, die auf Grund alter Gemeinderatsbeschlüsse vielfach Jahre hindurch mitgeschleppt wurden, ohne zur Ausführung zu gelangen, diesmal gar nicht eingestellt, weil sie dem Magistrat teils minder dringlich, teils auch technisch undurchführbar erschienen. Es handelt sich dabei um einen Betrag von rund 100 Millionen Kronen. Andererseits aber darf aus Sparmaßregeln dieser Bauten verhindert werden, weil die Gemeinde heute der einzige große Arbeitgeber in Deutschösterreich ist. Zum erstenmal wurde eine Zurechtstellung aller Bauten und Herstellungen aller Art, welche die Gemeinde und ihre Betriebe in den nächsten zwölf Monaten planen und für welche die notwendigen Materialien bereits sichergestellt sind, angefertigt. Es handelt sich um Ausgaben von insgesamt 210 Millionen Kronen. Die Arbeitslosigkeit müßte ungeheure Dimensionen annehmen, wenn eine finanzielle Katastrophe die Verwirklichung dieser Bauten verhindern sollte. Eine Hauptursache des Defizits liegt in dem gemaltigen gestiegenen Personalaufwand, der für die 22.000 Gemeindeangestellten — unzurechnend die 18.000 Angestellten der Unternehmungen — 261 Millionen Kronen gegenüber 95 Millionen Kronen im vorigen Jahre ausmacht. Es war unbedingt notwendig, den Angestellten das Leben zu ermöglichen; es ist aber ebenfalls notwendig, jetzt auch Einnahmen zu schaffen, welche die Auszahlung der Gehalte ermöglichen.

### Der soziale Einschlag des Budgets.

Es ist naturgemäß, daß das vorgelegte Budget noch nicht das Gepräge der neuen Verwaltung tragen kann, die erst am 5. Mai d. J. ihr Amt angetreten hat und eine unabänderliche Zwangslage vorfindet. Immerhin zeigen einige Rubriken, daß sich die Gemeinde der schweren Pflichten, die ihr der Krieg auferlegt hat, bewußt ist. Für Armenkinder und Jugendsfürsorge sind volle vierzig Millionen eingestellt. Leiblich und seelisch haben die Kinder den größten Schaden in diesem Kriege genommen und der Aufbau der neuen Gesellschaft muß, wenn er überhaupt gelingen soll, von Grund auf geschehen. Ganz neu ist die Rubrik Tuberkulosefürsorge, für die mehr als neun Millionen Kronen eingestellt sind, wenn dies auch sehr wenig ist gegenüber dem furchtbaren Wüten dieser Krankheit in Wien. Für die Arbeitslosenunterstützung sind dreißig Millionen Kronen präliminiert, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, daß die Arbeitslosigkeit im Laufe der nächsten zwölf Monate vollkommen verschwinden und im Durchschnitt des Jahres nur das halbe Erfordernis, das auf Grund des gegenwärtigen Standes schätzungsweise Millionen Kronen ausmachen würde, in Anspruch genommen wird, eine Voraussetzung, die im Hinblick auf die gegenwärtige Kohlenversorgung etwas optimistisch bezeichnet werden darf.

### Die hohen Kosten der Auslandsschulden.

Der Referent besprach dann eingehend die schweren Lasten, welche der Gemeinde durch die ungünstige Baluta im Hinblick auf das zum Teil im Ausland vergebene Anleihen vom Jahre 1902 erwachsen werden und die in einer Erhöhung des Couponrendites von 15 Millionen Kronen zum Ausdruck gelangen werden, wobei jedoch die im Laufe des Krieges angewachsenen Couponrückstände nicht vorgesehen ist. Allen kaufmännischen Gepflogenheiten entgegen, wurden trotz der unausgesetzten Verschlechterung des Kronenkurses für die im Ausland befindlichen auf Franken lautenden Coupons bis heute eine Krone für einen Franken eingesetzt, so daß nun diese Tatsache Ursache zu befürchten steht, da der heutige Kurs eines

Franken sechs Kronen ist. Es handelt sich hierbei um volle 125 Millionen, die in dem Defizit von 403 Millionen gar nicht enthalten sind.

### Das Defizit bei den Gemeindebetrieben.

Bezüglich der Unternehmungen der Gemeinde berichtete der Referent, daß sie außer im Investitionsprogramm im Budget überhaupt nicht erscheinen, eine Abfuhr von Geldern steht nicht zu erwarten und die sich ergebenden Defizite müssen von den betreffenden Betrieben selbst in den kommenden Jahren getilgt werden, ein Vorgang, der lauffähig immerhin zu rechtfertigen ist, weil ein Teil des Defizits auf die Unmöglichkeit zurückzuführen ist, die Anlagen nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Bedarf anzukunden. Die Wirkung der Verdoppelung der Straßenbahnfahrkarte auf den Verkehr war mit einem Rückgang von 10 Prozent der Frequenz infolge der Preiserhöhung und 10 Prozent infolge der Eröffnung des Stadtbahnverkehrs berechnet worden. Da die Stadtbahn bisher nicht fahren konnte und auch in absehbarer Zeit nicht fahren wird, so ist der Abfall der Einnahmen bloß mit 12 Prozent zu bezeichnen und es dürfte, wenn dieser für die Wiener Bevölkerung so bedauerliche Uebelstand andauert, die Straßenbahn davon profitieren und einen geringeren als den mit 36 Millionen Kronen berechneten Abgang aufweisen. Die Gaswerke erwarten einen Abgang von 3 Millionen Kronen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich keine weitere Einschränkung des Konsums als notwendig erweist. Es muß indes neuerlich hervorgehoben werden, daß die Situation im Gaswerk geradezu katastrophal zu nennen ist und daß ein Wunder geschehen müßte, wenn der Stillstand vermieden werden könnte. Dies würde natürlich die finanzielle Gebarung verhängnisvoll beeinflussen. Wenn die geplante Erhöhung der Strompreise beschlossen wird, dürfte sich der Fehlbetrag bei den Elektrizitätswerken noch immer auf 3 Millionen Kronen beziffern.

### Wie soll man das Defizit decken und den Bankrott vermeiden?

Es wäre kleinlicher Fiskalismus und nicht zu verantworten, wenn man es nun unternehmen wollte, durch neue Einnahmen 400 Millionen Kronen herbeizuschaffen. Im Budget sind tatsächlich sehr bedeutende Posten, die den Charakter des Vorübergehenden tragen und die auch nur als solche überhaupt hingenommen werden können. Wenn wir Jahr für Jahr solche Summen für Arbeitslosenunterstützung ausgeben müßten, wäre ein Wirtschaftskrisen und eine soziale Ordnung an und für sich undenkbar. Angesichts dessen läßt es sich wohl verantworten, einen gewissen Teil des Defizits auf die Zukunft zu legen, wenn auch nicht gerade auf die Kindeskinde, so doch auf eine ruhigere Zeit, in der es klar geworden ist, unter welchen Verhältnissen wir unser Leben einzurichten haben. Aber ein ebenso schwerer Fehler wäre es, bezüglich des ganzen Defizits so vorzugehen, denn dann kann man mit mathematischer Gewißheit vorausberechnen, in welchem Augenblick die Gemeindebankrott eingetreten wird. Die Bevölkerung muß sich darüber klar werden, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, zu verlangen, daß die Stadt Wien ihre Angestellten besser bezahlt, daß sie große kostspielige Bauten ausführt, die kein Entragsabwergen, daß sie in den Spalten und Versorgungsanstalten gewaltige Mehraufwendungen für Kost und Beheizung auf sich nimmt, und auf der anderen Seite jedwede Mehreinnahme zu verweigern. Dieses Kunststück kann weder unsere noch irgend eine andere Partei zustande bringen, und wenn es scheinbar beim Staat geht, so ist dies nur deshalb möglich, weil die Banknotenpresse Tag und Nacht arbeitet, was uns allerdings von Stunde zu Stunde dem Staatsbankrott näher bringt und worin eine der Ursachen der furchtbaren Geldentwertung zu suchen ist, die das Gemeindefudget gleichfalls gerät. Selbst wenn uns ein solches Hilfsmittel zu Gebote stünde, könnte ich nur von dessen Anwendung mit aller erdenklichen Abschiedsheit abraten. Die schlechte Lage der Gemeindefinanzen ist ja schon lange kein Geheimnis mehr und es war dies mit einer der Ursachen, weshalb wir mit solchem Nachdruck darauf beharrt haben, wenigstens die Gemeindebetriebe finanziell in Ordnung zu bringen. Jetzt wird wohl auch die Minderheit, die damals immer davon gesprochen hat, man möge das Defizit der Straßenbahn und der Gaswerke auf die Zukunft legen, zugeben müssen, daß dies unmöglich ist, wir hätten heute ein Defizit von nahezu 700 Millionen Kronen. Sind wir augenblicklich in Sorge, wie wir die Gehalte und Löhne für den 1. August beschaffen sollen, so hätten wir dann die unbedingte Gewißheit, es überhaupt nicht zu vermögen und es würden sich jetzt schon Störungen mit unaussprechlichen Folgen ergeben. Wir haben in den letzten Wochen reiflich überlegt, wo irgend etwas herauszuholen ist; es wurde die Luftabkühlungssteuer scharf in die Höhe gesetzt, die Totalsteuer verdoppelt, wegen gemeinsamer Einführung einer Automobilststeuer wurde mit dem Lande in Fühlung getreten, die Erhöhung der Markt-, Schlachthaus- und Lagerhausgebühren sowie die Revision der Bädertarife ist im Zuge. All das mag im besten Falle 20 Millionen Kronen bringen, kann uns aber nicht helfen.

Und so ist es nur natürlich, wenn der Magistrat schließlich jenes Mittel vorschlägt, das nur in der Zeit der höchsten Not — Wien war gewiß noch nie in größerer Not als gegenwärtig — benutzt wurde, die Erhöhung der Zinse. Es ist die Pflicht des Magistrats, objektiv seine Vorschläge zu erstatten, und es schien auch ganz angebracht, daß die Bevölkerung zunächst von einer Seite, die ganz frei von Parteipolitik ist, zu hören bekommt, wie die Dinge eigentlich stehen und welches letzte Hilfsmittel angewendet werden soll. Es ist außer aller Frage, daß es heute in Wien nichts Unpopulärereres geben kann als eine Steigerung der Mietzinse und daß darin die Gefahr einer neuen Teuerungswelle gelegen ist.

### Die Wirkung des Mieterschutzgesetzes.

Das Mieterschutzgesetz, das als sozialdemokratische Erziehung ins Leben getreten ist, hat wie kaum eine andere gesetzliche Bestimmung in Denken und Fühlen der Bevölkerung unzerstörbare Wurzeln gefaßt. Es ist der Gedanke gar nicht mehr vorstellbar, daß irgend jemand, der seinen Zins pünktlich bezahlt und sich auch sonst, was Wohnungsbenützung anlangt, einwandfrei verhält, durch die Willkür des Hausherrn obdachlos gemacht werden könnte. Und ebenso ist sich die Bevölkerung darüber klar, daß bei dem absoluten Wohnungsmangel die Mieten zu weitaus höheren als in den gemessenen gestiegen wären wie Lebensmittel und Kleider und daß wir heute die Zinse um das Fünffache bis Zehnfache gesteigert hätten, wenn kein Mieterschutzgesetz bestünde. Auf der anderen Seite aber sieht die Tatsache, daß dadurch die Einnahmsquellen der Gemeinde einschränkt wurden. Während zum Beispiel die Einkommensteuer im Frieden in Wien 34 Millionen Kronen ausmachte und bis zum vorigen Jahre auf 140 Millionen Kronen stieg, weisen die Steuern aus den Mietzinsen keine nennenswerte Veränderung auf. Dabei sind nun zwei Dinge zu beachten. Es hat sich jenes Verhältnis, das seit jeher zwischen den gesamten Einnahmen und dem Wohnungsaufwand bestand und das innerhalb gewisser Grenzen in der ganzen Welt besteht, durch die Mieterschutzverordnung vollkommen verschoben. Ein Arbeiter, der vor dem Kriege

2000 Kronen Einkommen hatte, zahlte 500 bis 600 Kronen Miete, also 15 bis 22 Prozent seines Einkommens. Bei den ganz großen Wohnungen und bei den ganz großen Einkommen war die Quote etwa 10 Prozent und immer in Wien etwas höher als in anderen Großstädten, weil Wien nie eine auf wirkliche Produktion von Wohnungen gerichtete Kommunalpolitik, sondern nur Hausherrenpolitik hatte. Gegenwärtig sind nun die Einkommen der Arbeiter, soweit sie wirklich Beschäftigung haben, auf 8000 bis 10.000 Kronen, bei manchen Kategorien sogar darüber hinaus, gestiegen. Der Zins aber ist gleich geblieben, so daß der Aufwand für Wohnungen nicht mehr 15 bis 20 Prozent, sondern nur etwa 5 Prozent ausmacht. Es ist dies ein Verhältnis, wie es weder in Deutschland der Fall ist noch zum mindesten vor dem Kriege in Amerika, England und Frankreich war.

### Kein privater Wohnungsbau möglich!

Damit im Zusammenhang steht aber noch eine andere äußerst wichtige Sache. Die Herstellungskosten eines Hauses sind ganz ungeheuer gestiegen. Selbst wenn ein Abbau der gegenwärtigen phantastischen Preise eintritt, so ist doch eine Wiederkehr des Niveaus von 1913 nicht mehr zu erwarten. Das bedeutet mit anderen Worten, daß auf eine private Bautätigkeit nach menschlichem Ermessen gar nicht zu rechnen ist. Man wird mit fassungslosem Staunen erfahren, daß die Bauten auf dem Margaretenquartier, bei welchen die Gemeinde den verlorenen Bauaufwand trägt und deren Durchführung sie streng überwacht, die Herstellungskosten einer Wohnung, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, solche sind, daß bei ganz regulärer Verzinsung und Amortisation ein Jahreszins von 8000 Kronen gefordert werden müßte. Eine solche Wohnung hat im Frieden höchstens 1000 Kronen gekostet. Die Gemeinde Wien wird jetzt für die genannten Wohnungen 1200 Kronen verlangen können. Alles übrige muß ja heraus, ja rein aus Steuern gelddern bezahlt werden. Wenn nun auch für Neubauten das Mieterschutzgesetz nicht gilt, so ist es doch gewiß, daß kein Privatmann unter diesen Verhältnissen bauen wird. Er kann selbst trotz der größten Wohnungsnot einen solchen Zins nicht erlangen und würde vor allem nicht, wie die Dinge in drei, fünf oder zehn Jahren liegen, ob da nicht durch eine starke Abwanderung ein Ueberfluß an Wohnungen, wenn auch nicht an gesunden und hygienischen, herrschen wird. Es ist ein Stück des sozialen Gemeindeprogramms, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die den Wohnungsbau als Aufgabe der Gemeinde zu betrachten. Es ist aber nun nicht möglich, von einer Kategorie der Bewohner — nämlich jener, die in die teuren neuen Häuser einzieht — außerst hohe Zinse zu verlangen, das würde entweder zur Folge haben, daß sich alle Löhne nach dieser Minderheit richten und die anderen daraus unverdienten Nutzen ziehen, oder aber daß jener Teil schon von vornherein in einer weit schlechteren Wirtschaftslage wäre als jene anderen Bewohner der Stadt, die noch aus der Friedenszeit eine Unterkunft besitzen. Es muß also eine Ausgleichung der Zinse stattfinden und das ist nur möglich, wenn auf irgend eine Weise die nötigen Mittel beschafft werden. Das Geld, das dem Defizit ist es gewiß verhängnisvoll, daß die Menschen, die den billigeren Mietzins bezahlen, dazu beitragen, daß Wohnungen für die übrigen geschaffen werden. Es ist keine Zukunftsvision, sondern ein durchaus aktuelles Programm, es sind auch im vorliegenden Budget für Wohnungsbauten dieser Art 50 Millionen Kronen eingestellt.

### Wenn die gestellten Friedensbedingungen bleiben, ist der Bankrott rettungslos!

So zwingend es nun von jedem Standpunkt aus erscheint, für neue Einnahmsquellen zu sorgen, so ist es doch sehr zu erwägen, ob der unmittelbare Augenblick hierzu geeignet ist. Wir haben in den letzten Wochen in Form von Tarifserhöhungen sehr schwere Lasten auf die Bevölkerung gelegt, in die sie sich noch nicht völlig hineingefunden hat. Es fehlt uns überdies jede Gewißheit über unser Schicksal. Sollte es bei den Friedensbedingungen bleiben, die uns zuerst auferlegt wurden, dann ist es wahrlich nötig, sich mit Steuerprojekten den Kopf zu zerbrechen, denn dann sind wir rettungslos zum Zusammenbruch verurteilt. Und dem allzumein wird sich auch die Stadt Wien nicht entziehen können. Wir müssen also auch in dieser Beziehung erst einmal klar sehen und wollen uns hüten, jene begreifliche tiefe Erbitterung, mit der die Wiener erfüllt sind, noch weiter zu steigern. Es wird aber auch notwendig sein, daß mit Staat und Land grundsätzliche Vereinbarungen über die Teilung der Steuerquellen getroffen werden. Mit dem gegenwärtigen chaotischen System kann keine vernünftige Wirtschaft getrieben werden. Es mangelt uns aber auch an vernünftigen Statistiken über die Verteilung der Zinse nach ihrer Höhe. Was an Hilfsmaterial vorhanden ist, besteht lediglich aus einer älteren Statistik des Wohnungsamtes, die allerdings auf die Wiener Wohnungsverhältnisse ein düsteres Licht wirft. Denn von den 550.000 damals gezählten Wohnungen entfallen 73 Prozent auf Kleinwohnungen. Daraus muß man schließen, daß auch die Masse der Zinse in diese Kategorie fällt und daß es nicht gut möglich ist, bei der Mietersteuer die Kleinwohnungen auszunutzen. Das selbe gilt von den 108.000 Geschäftslökalen. Ehe man nun bei diesen Verhältnissen so einschneidende Maßnahmen trifft, müssen doch die Unterlagen vorhanden sein, dann wird es sich zeigen, ob es nicht noch gelingt, zu einer Staffellung zu kommen, die für die Masse der Bevölkerung dann doch erträglich erscheint. Fest steht meiner Ueberzeugung nach folgendes: Von einer Aufhebung des Mieterschutzgesetzes kann keine Rede sein. Kommt es zu einer Mietersteuer, so muß sie der Gemeinde zustehen und der Hausherr darf keinen wie immer gearteten Aufschlag machen. Die Sätze müßten bei den kleineren Wohnungen bescheiden sein und in starker Progression selbst bis zu hundert Prozent die Reichen treffen. Heute können wir nur einen Standpunkt einnehmen, daß neue Einnahmsquellen geschaffen werden müssen, wenn die Gemeinde nicht bankrott werden will, und daß wir uns aber doch zunächst, wenn auch nur vorübergehend und bis zur Klärung der ganzen Situation, mit einer Aufhebung von Geldern behelfen müssen. Gewiß ist auch hierfür der Zeitpunkt sehr ungeeignet. Die österreichischen Kriegsanleihen werden zu einem Kurse von 50 gehandelt und die ungarischen notieren mit 35 Kronen. Die politische Atmosphäre ist schäppl. Daß da nun angesichts eines Budgets mit einem Defizit von 400 Millionen keine Rettung zu einer Einlöschung der Anleihen ist, ist verständlich. Es wird hier ein Grund mehr für uns sein müssen, äußerste Sparsamkeit walten zu lassen und schließlich jene Forderungen aus der Zwangslage zu ziehen, die die jetzige Majorität in der Gemeindeverwaltung gewiß am allerwenigsten zu verantworten hat, sondern die das Ergebnis des unseligen Weltkrieges ist.

Im Stadtrat wird heute die Beratung des Voranschlages fortgesetzt. Der Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte wird sich heute nachmittag damit beschäftigen.